



Armin Schuster

im Deutschen Bundestag
für den Wahlkreis

Lörrach-Müllheim



CDU

Bericht aus Berlin

Nr. 24 vom 30. September 2011

DIESE WOCHE AKTUELL

Wahlrecht

Wahlbeteiligung wird wichtiger

Die Koalition hat in dieser Woche nach einem langen Abstimmungsprozess die Änderung des Wahlrechts auf den Weg gebracht. Diese war nötig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht das bisherige Verfahren zur Sitzvergabe im Bundestag in Teilen für verfassungswidrig erklärt hatte. Das Gericht hatte den mathematischen Effekt des sogenannten negativen Stimmengewichts verworfen. In der Vergangenheit konnte ein Mehr an Zweitstimmen für eine Partei zu weniger Sitzen führen.

Nach dem nun beschlossenen Gesetz soll die bisher mögliche Verbindung von Landeslisten einer Partei abgeschafft werden. Damit könnten die in einem Bundesland errungenen Zweitstimmen einer Partei nicht mehr mit den in einem anderen Land erzielten Zweitstimmen verrechnet werden. Ist die Zahl der Zweitstimmen einer Partei, die in den 16 Ländern nicht zu einem Sitz geführt haben, größer als die im Bundesdurchschnitt nötigen Stimmen, werden zum Ausgleich weitere Mandate vergeben. Damit gewinnt die Wahlbeteiligung, also die absolute Zahl der abgegebenen Stimmen, an Bedeutung. Möglicher Effekt könnte sein, dass Bundesländer mit hoher Wahlbeteiligung künftig im Größenverhältnis mehr Abgeordnete entsenden als Bundesländer mit schwacher Wahlbeteiligung. Die Änderungen werden auch dazu führen, dass die Anzahl der Überhangmandate sinkt. Überhangmandate entstehen dort, wo eine Partei mehr Direktmandate gewinnt, als ihr laut Zweitstimmenanteil zustehen.

Beratungen über Laufbahnverordnung



Armin Schuster führte in dieser Woche mehrere Gespräche zur geplanten neuen Laufbahnverordnung der Bundespolizei. Hier mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei und Kollegen Günter Baumann MdB (2.v. rechts).

Sehr geehrte Damen und Herren,

das beherrschende Thema im Bundestag war in dieser Woche natürlich die Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm am Donnerstag. Auf meiner Internetpräsenz finden Sie dazu meine ausführliche Stellungnahme und weitere Informationen. Ich bin froh darüber, dass die Bundeskanzlerin die Mehrheit für das Gesetz in den eigenen Reihen sichern konnte. Gleichzeitig konnten wir Abgeordnete fraktionsübergreifend mehr Mitbestimmung des Bundestages durchsetzen. Ärgerlich ist es allerdings, wenn das eindeutige Ergebnis dann von einigen Abweichlern auf "Mobbing" aus der Fraktion zurückgeführt wird. Ich habe niemanden gemobbt und habe dies auch nicht erlebt in der Fraktion. Im Gegenteil: es gab sehr gute und intensive Diskussionen in den letzten Fraktionssitzungen. Dass Kollegen, die mit ihrer Haltung permanent das Rampenlicht suchen, nicht auch noch Applaus von uns Befürwortern bekommen, ist doch kein Wunder. Mit Mobbing hat das aber wahrlich nichts zu tun. Eine willkommene Abwechslung war der Besuch einer 50-köpfigen Reisegruppe. Die Besucher kamen aus dem ganzen Wahlkreis Lörrach/Müllheim und erlebten ein intensives politisches Programm. Für mich ist es immer etwas ganz besonders, Gäste aus dem Wahlkreis in Berlin zu treffen - schließlich ist dieser Ort in den letzten zwei Jahren mein zweiter Arbeitsplatz geworden.

Ihr Armin Schuster

Armin Schuster, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus - Raum: 1 634

Telefon +49 30 227-71005

Fax +49 30 227-76606

Mail: armin.schuster@bundestag.de

Internet: <http://www.armin-schuster.eu>

Projektbeirat: Scheurle hält Wort

Armin Schuster ist mit den Ergebnissen des jüngsten Projektbeirats sehr zufrieden. In einer Vorabsitzung vor dem Projektbeirat hatten auf Initiative von Armin Schuster die südbadischen CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten mit Staatssekretär Prof. Klaus-Dieter Scheurle vom Bundesverkehrsministerium unter anderem die Themen rechtliche Zusicherung der Güterzugnutzung im Katzenbergtunnel, niveaufreie Verknüpfung am Knoten Buggingen und die Bürgertrasse, Gefahrguttransporte sowie die Abschaffung des Schienenbonus besprochen. Schuster setzte sich insbesondere für die Bürgertrasse Buggingen und die Kernforderung 6 "Alle Güterzüge durch den Katzenbergtunnel" ein. Scheurle sagte in diesem Vorgespräch wohlwollende Prüfung der Forderungen zu.

Jetzt hat Landrat Schneider eine schriftliche Zusage der DB AG für die Kernforderung 6 erhalten, die es nun zu begutachten gilt. "Das ist jedenfalls ein weiterer Schritt hin zu einer verbesserten Planung der Rheintalbahn. Ich begrüße auch, dass die niveaufreie Verknüpfung in Buggingen und die Bürgertrasse weiter auf der Agenda des Projektbeirats bleibt." [Hier finden Sie die vollständige Pressemitteilung.](#)

Ausländische Berufsqualifikationen

In dieser Woche hat der Bundestag das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen verabschiedet. Damit soll das im Lande vorhandene Fachkräftepotential besser erschlossen werden. Die Bewertung und Anerkennung von Qualifikationen, die aus dem Ausland mitgebracht wurden, wird verbessert. Das erhöht die Attraktivität Deutschlands und verringert den Fachkräftemangel. Wo der Bund zuständig ist, gibt es künftig den Anspruch auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit vergleichbaren inländischen Abschlüssen. Die Länder sind gefordert, sich bei Regelungen in ihrem Bereich an diesen Maßstäben zu orientieren.

Politische Informationsfahrt nach Berlin



Zu einer politischen Informationsfahrt nach Berlin sind 50 Personen aus dem Wahlkreis Lörrach-Müllheim nach Berlin gereist. Armin Schuster traf die Gruppe unter anderem im Reichstag. Bild: Auf der Reichstagskuppel.

+++ Fakten +++ Argumente +++ Zitate+++

Rede von Armin Schuster

Am Donnerstag hat Armin Schuster [eine Rede](#) zum Fachkräftegewinnungsgesetz im Bundestag zu Protokoll gegeben. Der Bund will damit seine Attraktivität als Arbeitgeber auch zukünftig, in Zeiten zunehmender Konkurrenz zur Privatwirtschaft erhalten.

Nitz mit Azubis in Berlin



Bürgermeister Christof Nitz (hinten rechts) kam im Rahmen eines Berlin-Besuchsprogramms mit Azubis der Stadtverwaltung Schopfheim auch auf eine Stippvisite im Bundestag vorbei.

Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach wie vor ungebrochen. Mit der heute beschlossenen Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes werden die zum 31. Dezember 2011 auslaufenden Überprüfmöglichkeiten daher bis zum 31. Dezember 2019 verlängert und der überprüfbare Personenkreis ausgeweitet. Zudem sollen ehemalige Stasi-Mitarbeiter, die derzeit beim Bundesbeauftragten für die Staatssicherheitsunterlagen (BStU) beschäftigt sind, ihren Fähigkeiten entsprechend und unter Berücksichtigung sozialer Belange auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz innerhalb der Bundesverwaltung umgesetzt werden, wenn es ihnen im Einzelfall zumutbar ist.

Finanzkraft der Kommunen

Die Koalition hat in dieser Woche ein Gesetz in den Bundestag eingebracht, das die Finanzkraft der Kommunen stärken soll. Der Bund wird sich zukünftig stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beteiligen. Diese Kosten belasten die Kommunen bisher erheblich. Der Bund wird demnach seine Beteiligung an den Kosten schrittweise erhöhen und ab 2014 vollständig übernehmen. Die Kosten für die Grundsicherung im Alter haben sich seit ihrer Einführung im Jahr 2003 verdreifacht.